

Protokoll:

Rm Bocklet (CDU) führt aus, dass das FOC in Montabaur zwar nicht mehr verhindert werden könne, aber nun bekannt geworden sei, dass diese einen Antrag gestellt hätten, zusätzlich zu den bestehen Sonntagsöffnungen noch weiter 12 zu erhalten. Dadurch erhalte eine einzelne Institution einen Wettbewerbsvorteil gegenüber der Region. Diez habe bereits Widerspruch eingelegt. Man finde es sinnvoll, dass auch Koblenz den Einzelhandel schütze und widersprechen solle: „Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung wird beauftragt sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, die beantragten Sonderöffnungszeiten für das sich in Planung befindliche FOC in Montabaur über die allgemeinen Sonntagsöffnungen hinaus nicht zu genehmigen. Im Zuge der Gleichberechtigung der Region ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass die einzelne Betriebsstätte zusätzliche Sonderöffnungszeiten an Sonntagen bekommt.“

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig ergänzt, dies sei auch schon im Arbeitskreis angesprochen wurden und der Einzelhandel sei gehört worden. Daraufhin habe er mit den zuständigen Ministerien in Mainz Kontakt aufgenommen, um zu Fragen welche Möglichkeiten es gebe, dagegen tätig zu werden. Das Beste sei in Form einer Entschließung des Stadtrates ein deutliches Signal zu geben. Auch wenn man das FOC nicht mehr verhindern könne, wolle man zumindest die Sondergenehmigung nicht mittragen.

Rm Altmaier (SPD) schildert, auch er habe mit der Landesregierung gesprochen, um auf den Misstand aufmerksam zu machen. Er regt an auch Andernach, Lahnstein und Neuwied zu mobilisieren. Diese seien ebenfalls betroffen und sollten ein Zeichen geben.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig dankt für die Anregung und werde diese umsetzen.

FDP Fraktionsvorsitzende Hoernchen findet, dass der Antrag sehr gut sei und würde diesem gerne beitreten.

Dem schließen sich auch Rm Ackermann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Fraktionsvorsitzender Gniffke für die FBG- Fraktion an.